

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

19. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

03. November 2009

AUFRUF zur DEMONSTRATION

gegen NEONAZISTISCHEN GESCHICHTSMISSBRAUCH

Samstag, 07. November 2009 um 10.30 Uhr ab Salzgrafenplatz und Lutherplatz zu Kundgebungen im Stadtpark und auf dem Riebeckplatz

Für Samstag, den 7. November 2009, haben die ‚Jungen Nationaldemokraten‘ (JN), die Jugendorganisation der NPD, in Halle (Saale) eine Demonstration unter dem Motto ‚20 Jahre Mauerfall - Wir sind das Volk!‘ angemeldet.

Mit ihrem Motto wollen die Neonazis bewusst an die demokratischen Ereignisse des Herbstes anknüpfen, um sie in den Dienst ihrer undemokratischen Sache zu stellen. Doch um den 9. November 1989 geht es ihnen dabei nicht. Sie verschweigen die Geschichte des 9. November, der als Gedenktag vor allem den jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Novemberpogrome 1938 gewidmet ist.

Seit einigen Jahren versuchen die Neonazis, insbesondere die NPD, historische Daten bundesweit als Anlass zu nutzen, um mit Demonstrationen und Kundgebungen auf sich aufmerksam zu machen und sich als selbstverständlicher Teil des öffentlichen und politischen Lebens darzustellen. Das dürfen und wollen wir nicht zulassen!

DESHALB BEKUNDEN WIR:

In Wort und Schrift, in ihrem Auftreten und ihren Symbolen lassen die Neonazis keinen Zweifel daran, dass sie die Demokratie ablehnen und abschaffen wollen. Ihren Versuch, sich als legitime Nachlassverwalter der ostdeutschen Demokratiebewegung darzustellen, weisen wir zurück. Neonazis bleiben - auch wenn sie anderes behaupten - rassistisch, antisemitisch und antidemokratisch!

DESHALB FORDERN WIR SIE AUF:

Reihen Sie sich ein, liebe Hallenserinnen und Hallenser, und demonstrieren Sie für ein demokratisches und tolerantes Miteinander in unserer Stadt. 1989 zeigte es: Wir, die Bürgerinnen und Bürger, sind selbst verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben!

DESHALB ERKLÄREN WIR:

1. WIR SIND ENTSCHLOSSEN, dem Aufmarsch am 7. November gewaltfrei und phantasievoll entgegenzutreten!
2. WIR GEHEN AUF DIE PLÄTZE UND STRAßEN, um zu zeigen, dass eine starke Zivilgesellschaft der Grundpfeiler unseres demokratischen Zusammenlebens ist!
3. WIR SIND SOLIDARISCH MIT ALLEN, die diese Ziele mit uns teilen!

Reformhaus Halle e.V., Miteinander- Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., IVVdN/BdA Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Jusos in der SPD Halle (Saale), Friedenskreis Halle e.V., DIE LINKE. Halle, IG Metall Halle, ver.di Jugend, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., NEUES FORUM - Regionalgeschäftsstelle Halle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale), Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. - Regionalgruppe Halle/Leipzig, Endstation Rechts Sachsen-Anhalt, Johannes Krause (DGB Regionsvorsitzender Sachsen-Anhalt /Süd und Fraktionsvorsitzender der SPD Stadtratsfraktion), Oliver Paulsen, Hanna Haupt, Dr. Detlev Haupt (Deutsch-Israelische Gesellschaft), Sabine Wolff (Stadträtin NEUES FORUM), Radio CORAX, Prof. Dr. Claudia Dalbert (Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt), Hans-Böckler-Stiftung -StipendiantInnengruppe Halle, Elisabeth Krausbeck, Inés Brock, Uta Leichsenring (Beiratsmitglied des ‚Netzwerks für Demokratie und Toleranz‘), Michael Viebig (Historiker), Dietmar Weihrich, Regina Schöps (Mitglied Präventionsrat), André Scherer (Eine Welt Haus e.V.), Kinder und Jugendhaus Halle, SPD Stadtverband Halle, Eine-Welt-Haus Halle e.V., Holger Hövelmann (Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt), Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, Petra Schneutzer (Beauftragte für Migration und Integration der Stadt Halle/Saale), Dr. Wiegand (Beigeordneter der Stadt Halle/Saale), Katholische Pfarrei Halle-Nord

Immer mehr rechtsextreme Beiträge im Web 2.0

- Jugendliche im Visier der Szene
- Neonazis gründen eigene soziale Netzwerke
- Mehr Maßnahmen der Betreiber gefordert

Rechtsextreme haben im vergangenen Jahr ihre Aktivitäten im Internet verstärkt. Sie nutzen die Möglichkeiten des Web 2.0, um menschenverachtende Inhalte zu verbreiten und Jugendliche mit Videos und Musik zu ködern. Neonazis gründen eigene soziale Netzwerke für Gleichgesinnte, in denen sie ungehindert gegen Minderheiten hetzen und demokratiefeindliche Thesen verbreiten können. Hier sind die Betreiber dieser Dienste gefordert. Sie müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um den Missbrauch ihrer Plattformen durch Rechtsextreme zu verhindern.

Die Anzahl der allein von jugendschutz.net dokumentierten unzulässigen rechtsextremen Beiträge in Sozialen Netzwerken und Videoplattformen hat sich 2008 auf mehr als 1.500 verdoppelt. Auch gibt es derzeit so viele Szene-Websites wie nie zuvor: 1.707 Angebote recherchierte jugendschutz.net im vergangenen Jahr. Ein Trend zieht sich dabei durch beinahe alle Bereiche: Rechtsextreme sprechen mit bunten Websites, Symbolen aus verschiedenen Jugendszenen und griffigen Slogans junge Internetuser an. Vor allem Neonazi-Kameradschaften und so genannte Autonome Nationalisten, von denen jugendschutz.net 2008 insgesamt 321 Angebote sichtete, nutzen multimediale Möglichkeiten wie Filme und verschleiern ihre rassistischen und antidemokratischen Botschaften. In vielen Fällen ist der rechtsextreme Kontext nicht mehr auf den ersten Blick zu erkennen.

„Für Rechtsextreme sind Videos und Musik inzwischen das Propagandainstrument Nummer Eins. Und die Möglichkeiten, die sich durch Web 2.0-Plattformen für die Verbreitung ihrer Hass-Botschaften bieten, sind schier unbegrenzt“, erläutert der Leiter des Arbeitsbereichs Rechtsextremismus von jugendschutz.net Stefan Glaser. „Hier müssen auch die Betreiber der Plattformen konsequent an effektiven Lösungen arbeiten, um die Verbreitung unzulässiger Inhalte über ihre Dienste auch eigeninitiativ zu verhindern“, fordert Glaser.

Das Team von jugendschutz.net geht auch gezielt

gegen unzulässige Inhalte vor, zum Beispiel durch die Kontaktaufnahme zu in- und ausländischen Providern. Insgesamt konnte jugendschutz.net im vergangenen Jahr in 80 Prozent der unzulässigen Fälle die Entfernung der Inhalte erreichen.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, die jugendschutz.net fördert, hält die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Internet gerade im Hinblick auf die steigenden Zahlen und die gezielte Ansprache von Jugendlichen für enorm wichtig: „Heranwachsende verbringen immer mehr Zeit im Internet, gerade auch im Web 2.0. Damit das Medium weiterhin Demokratie und Toleranz fördern kann, muss Rechtsextremen in sämtlichen Diensten die Rote Karte gezeigt werden. jugendschutz.net leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.“

Aktuell hat jugendschutz.net mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung die Broschüre „Klickt's? Geh Nazis nicht ins Netz!“ veröffentlicht, um 12- bis 15-Jährige über rechtsextreme Internet-Propaganda aufzuklären und ihnen zu zeigen, wie sie sich gegen Beeinflussungsversuche und Diskriminierungen zur Wehr setzen können. Bisher fehlte es an Materialien speziell für diese Zielgruppe. Die Lücke wird mit der Broschüre geschlossen.

Auch die von der bpb geförderte Online-Beratung gegen Rechtsextremismus des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ setzt auf Aufklärung im Internet. Die Stelle betreibt neben einem sozialpädagogischen Beratungsangebot für Personen, die mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, seit kurzem einen eigenen Channel auf der Videoplattform YouTube und wendet sich damit auch an jüngere Internet-User.

Der aktuelle Bericht von jugendschutz.net steht unter www.jugendschutz.net/rechtsextremismus/ Aktuell zum Download zur Verfügung. Hinweise auf Rechtsextremismus im Internet können über die Online-Beschwerdestelle an jugendschutz.net gesendet werden:

<http://www.jugendschutz.net/hotline>.

Kommunalpolitisches Wochenendseminar in Naumburg vom 07.-08.11.2009

In Naumburg im Jugendgästehaus, Am Tennisplatz 9, wird wieder das schon traditionelle Wochenendseminar des kommunalpolitischen Forums für MandatsträgerInnen der Städte, Gemeinden und Kreise sowie andere Interessierte stattfinden. Dieses Wochenendseminar unterstützt schon seit einigen Jahren gerade auch neu gewählte Stadträte, Kreistagsabgeordnete und Gemeindevertreter. Im Angesicht der Erfolge der vergangenen Wahlen ist es besonders wichtig, dass unsere gewählten MandatsträgerInnen über eine hohe Sachkompetenz verfügen, denn die Bürgerinnen und Bürger wählen uns ja nicht, weil wir hübsch, jung und dynamisch sind, sondern weil sie eben diese Sachkompetenz von uns erwarten und das in zunehmendem Maße.

Um sattelfest in Fragen des Finanzausgleichsgesetzes zu sein oder aber die Auswirkungen der Verwaltungs- und Gebietsreform auf die Kommunen ab- und einschätzen zu können und zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch ist dieses Wochenendseminar bestens geeignet.

Welches die gesetzlichen Pflichten bei der Umsetzung von Hartz IV (SGB II) durch die Landkreise sind wird ebenso Thema sein, wie die Auswirkungen des Doppelhaushaltes 2010/2011 in Sachsen-Anhalt. Neben **Harald Koch**, (Abgeordneter des Bundestages) konnten **Guido Henke** und **Gerald Grünert** (Abgeordnete des Landtages) sowie die erfahrenen Kommunalpolitiker **Dr. Karl-Heinz Gärtner** und **Werner Brüning** als Referenten gewonnen werden.

Dem Seminar ist ein arbeitsreiches und erfolgreiches Wochenende zu wünschen.

Detaillierte Informationen zum Wochenendseminar und zu den Aktivitäten des Kommunalpolitischen Forums Sachsen-Anhalt e.V. sind auch über das Internet abzurufen. www.kf-lsa.de
MB

Nachdenken um den 4. November

Gedenktage über den Herbst 1989 haben zurzeit in Presse, Funk und Fernsehen geradewegs Konjunktur. Die Sicht auf den 4. November findet dabei wenig oder keine Beachtung. Mag sein, dass dieser Tag für die gegenwärtigen Meinungsmacher des Mainstreams fast suspekt ist. An dem besagten Tag äußerte sich das gewachsene Selbstbewußtsein der DDR-Bevölkerung. In Berlin, auf dem Alexanderplatz, kam es zu einer Massenversammlung, in der mehr Demokratie, tatsächliche Mitwirkung und lebendige Mitbestimmung eingefordert wurde. Einheit als Beitritt oder gar Anschluss spielte in den Visionen und gehaltenen Reden keine Rolle. Bei Stefan Bollinger ist nachzulesen: „Die revolutionäre Phase mit Sturz der alten SED-Führung, Etablierung neuer politischer Strukturen und einer neuen politischen Kultur mit dem Ziel der Erneuerung des Sozialismus dauerte bis zur Maueröffnung am 9. November 1989 und fand ihren Höhepunkt mit der Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November.“¹⁾ Ein Gedanke, diesen Tag als Nationalfeiertag zu begehen, wurde nie ernsthaft diskutiert, obwohl er es eher verdient hätte als der 3. Oktober, welcher administrativ festgelegt wurde, um den 7. Oktober zu umgehen. Der 4. November verdiente eine höhere Wertschätzung, denn er war wirklich ein Tag echter Volksbewegung.

¹⁾Stefan Bollinger: „Das letzte Jahr der DDR“ Karl Dietz Verlag Berlin, S.20

Vorankündigung

Am Samstag, dem 28.11.09 findet um 11:00 Uhr die Mitgliederversammlung der LAG Grundeinkommen in der Blumenstraße statt. Satzungsgemäß muss ein neuer Sprecherrat gewählt werden. Nähere Informationen gibt es in der nächsten Ausgabe.

Wolfgang Geuitjes
Sprecher

18. November, 17 Uhr,
Cafe-Bistro im mdr-Funkhaus
Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen:
Diskussion zum Herbst 1989

Nach der Wahl und vor der Wahl

„Auswertung der Bundestagswahl und Schlussfolgerungen“ stand auf der Tagesordnung unserer Basisorganisation. Über das gute Abschneiden der Bundespartei waren alle sehr erfreut. In Sachsen-Anhalt erreichte unsere Partei 32,4% der Zweitstimmen und 5 Direktmandate. In Halle siegte Petra Sitte über den Staatssekretär im Bundesinnenministerium!

Großartig!

Das Linke Blatt veröffentlichte für die Stadt Halle und den Wahlkreis eine umfassende Aufstellung über die Wahlbeteiligung und die Stimmenverteilung. So konnte/kann jede Basisorganisation für ihren Wirkungsbereich die Ergebnisse der Arbeit ablesen.

Wir in Neustadt-West erreichten 43,6% für DIE LINKE (zur Kommunalwahl 31,3%) und liegen damit weit über dem Landesdurchschnitt. Natürlich gebührt den fleissigen Wahlhelfern unter der Leitung von Hubert Schmidt Anerkennung und Dank.

Eine aufrichtige Analyse darf nicht bei Erfolgen stehen bleiben.

Kritikwürdig ist die Wahlbeteiligung der Hallenser mit 62%, d.h. mit 38% Nichtwählern! In der Silberhöhe gingen nur 37% der potentiellen Wähler zur Wahlurne. Das ist eine arge Schlappe für alle Demokraten.

DIE LINKE hatte in Halle in manchen Wohngebieten Mühe, über 20% der Stimmen zu erreichen, in einigen Wohngebieten verlor DIE

LINKE absolute Wählerstimmen. Bei den Schlussfolgerungen aus der Wahl dachten in unserer BO-Versammlung alle an die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011.

Rot - Rot in Sachsen-Anhalt ist 2011 möglich!

In knapp zwei Jahren ist eine rot-rote Mehrheit für den Landtag und damit eine Regierung von LINKE und SPD erreichbar. Dazu erforderlich wäre eine Steigerung des Stimmenanteils der LINKEN um 3% und der SPD um 5%. Beides ist machbar!, wenn den Nichtwählern und den Jungwählern mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie uns Thüringen und das Saarland lehren, ist eine rechnerische Mehrheit allein nicht ausreichend für das Regieren. Eine Erkenntnis ist: Es bedarf des gemeinsamen Willens der Parteispitzen und der Druck der Basis. Das muss Konsequenzen haben.

Die Schlussfolgerung lautet daher: In den nächsten zwei Jahren muss in den Gliederungen sowohl der LINKEN als auch der SPD in Sachsen-Anhalt darüber gestritten werden: Wollen wir mit denen gemeinsam regieren? Durch gegenseitige Achtung könnte der Wille dazu gefestigt werden, gegenseitige Beschimpfungen sind kontraproduktiv.

Bei diesem Problem erreichten wir in unserer BO noch keine Einigung. Das darüber auch in anderen Bo's nachgedacht wird, zeigt der Arti-

kel von P. Schmiedel im Linken Blatt vom 20.10.2009. Uneins waren wir in unserer BO, ob die Methode „Ich will Ministerpräsident werden“ zielfördernd ist.

Die Mehrzahl der Mitglieder ist der Meinung, dass das Fell des Bären erst verteilt werden kann, wenn er erlegt ist. Wir empfehlen daher Konzentration auf ein hohes Stimmenergebnis für die Partei. Weitgehend wird die Linke nach ihrer Bundespolitik und ihrer kommunalen Kompetenz bewertet. Es ist an der Zeit, wieder über Landes-themen zu diskutieren.

Knappe 2 Jahre sind es noch bis zur Entscheidung.

G-Nau



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
29.10.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 12.11.2008

Aus der letzten Stadtratssitzung

Etwas überrascht waren wir schon, dass die Vorlagen zur Änderung der Gesellschafterverträge der HWG und GWG... von der Verwaltung zurückgenommen wurden! Vor einer Woche sollten diese Vorlagen noch als Dringlichkeit auf die Tagesordnung des Finanzausschusses genommen werden! Sie verfehlten allerdings die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit und wurden nicht behandelt. Inhalt der Vorlagen ist, dass der Aufsichtsratsvorsitzende „nur“ von den Anteilseignern (hier: Stadträte) und der Stellvertreter jeweils mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen von den im Aufsichtsrat vertretenden Arbeitnehmern gewählt werden soll. Als Begründung wurden hierzu die „Stärkung der Gesellschafterinteressen bei der Steuerung der Beteiligung“ angegeben. Wir wissen aber, dass die Stadtverwaltung derzeit Wege sucht, um Bodo Meerheim als Vorsitzenden zu verhindern! Er war in der letzten Aufsichtsratssitzung vorgeschlagen worden und wäre gewählt gewesen, wenn der Vertreter der Stadt nicht Widerspruch angekündigt hätte und erst ein Gutachten in Auftrag gegeben hätte! Wir werden sehen, wie diese Entwicklung weitergeht...!

Beschlossen wurde die Vorlage „Gebäudewechsel der Grundschule Rosengarten“, allerdings nicht mit unseren Stimmen. Die Grundschule Rosengarten ist seit dem Schuljahr 2007/08 ohne eigenständige Schulleitung, sie wird durch die Schulleiterin der Grundschule „Hutten“ mitverwaltet. Nach Einschätzung der Verwaltung und einem Teil der Eltern sind Ausfallstunden zu verzeichnen und andere Mängel wurden benannt. Uns erreichten jedoch auch andere Meinungen von Eltern! Das veranlasste Hendrik Lange, unseren bildungspolitischen Sprecher, in der Diskussion gegen die

Vorlage zu sprechen.

Für Diskussion - bereits im Vorfeld in den Ausschüssen - sorgte die Vorlage „Grundsatzvorlage Zukunftskonzept Eissporthalle“. Mit dem nun vorliegenden Konzept wird ein neuer Verein gegründet, um den Eissport im Land Sachsen-Anhalt zu retten. Damit wurde der Verzicht/Erlass auf die gemäß Beschluss IV/2007/06686 vom 14.09.2007 gestundeten Forderungen aus Erbpachtzins und Grundsteuer in Höhe von 173 TE beschlossen. Geregelt ist jetzt auch, dass der gezahlte Zuschuss der Stadt Halle (für Vereinssport und Schulsport) in Höhe von 211 TE für die nächsten Jahre gesichert ist. Fragen richteten sich vor allem an die zur Vorlage beigelegte Satzung zum „Eissporthalle e.V. Halle (Saale)“. Auch Bodo Meerheim sprach für die Fraktion, dass wir noch etliche Fragen zur Satzung haben und bat um unbedingte Überarbeitung! Uwe Heft stellte den Antrag auf namentliche Abstimmung. Dieser Antrag fand - auch in unseren Reihen - keine Mehrheit! Bodo Meerheim stellte noch einmal klar, dass der Finanzausschuss im Dezember den Betriebsführungs- und Mietvertrag einsehen will. Der Vorlage an sich konnten die meisten Mitglieder der Fraktion zustimmen, es gab auch Enthaltungen und 1 Gegenstimme. Beschlossen wurde die Besetzung des Aufsichtsgremiums „Zoologischer Garten“. Prof. Erwin André vertritt in diesem Aufsichtsrat unsere Fraktion. Ohne Diskussion wurden die Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der ARGE SGB II Halle GmbH und der Jahresabschluss 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten wie auch der Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2009 (für den Rettungsdienst) beschlossen.

Auch die Erweiterung und Sanierung Feuerwache Süd - Baubeschluss und der Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd) - Gestaltungsbeschluss, Bebauungsplan Nr. 100 Halle-Kröllwitz, Wohngebiet Talstraße, wurden mehrheitlich bestätigt. Diskussionen gab es um Fahrradplätze und Heimspiele des HFC beim Bebauungsplan Nr. 135 - „Sportareal Gesundbrunnen“. Dennoch wurde die Vorlage - auch mit unseren Stimmen - angenommen. Kontrovers wurde zum wiederholten Male der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ diskutiert. Unsere Fraktion stimmte dem Antrag zu, eine Geschwisterermäßigung einzufordern. Die Mehrheit im Stadtrat sah aber, dass wir diese (noch nicht) nach dem jetzt geltenden Kinderförderungsgesetz beschließen dürfen! Derzeit arbeitet das Land an der Veränderung und Frau Oberbürgermeisterin sagte ebenfalls eine Vorlage für Dezember zu!

Unsere Anfragen zu den Themen Wohngeldnovelle, Schule am Jägerplatz, zum Lärmschutz (Uwe Heft) und Nahversorgermarkt in der Alfred-Oelsner-Straße (Olaf Sieber) wurden beantwortet. Die schriftlichen Beantwortungen liegen vor und können gern eingesehen werden. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „die für den 7. November 2009 angekündigte Demonstration der Jugendorganisation der NPD in Halle (Saale)

„20 Jahre Mauerfall - Wir sind das Volk!“ mit aller Entschiedenheit abzulehnen und den Aufruf eines Bündnisses von Vereinen, Verbänden, Parteien und Einzelpersonen zur Demonstration gegen neonazistischen Geschichtsmisbrauch am 7. November 2009 zu unterstützen“ wurde angenommen.

Ute Haupt, Stadträtin

Markenzeichen von Schwarz-Gelb ist Entsolidarisierung - Ministerpräsident muss Farbe bekennen

Zu den bisher bekannt gewordenen Inhalten des schwarz-gelben Koalitionsvertrages und entsprechenden Positionierungen Ministerpräsident Böhmers erklärt der Vorsitzende der Fraktion **Wulf Gallert**:

„Schwarz-Gelb droht zum Synonym für Entsolidarisierung in der Gesellschaft zu werden. Die viel beschworenen segensreichen Steuerentlastungen sind im normalen Leben Steuermindereinnahmen. Angesichts der sattsam bekannten Haushaltssituation Sachsens-Anhalts laufen weiter sinkende Steuereinnahmen auf eine direkte und existentielle Bedrohung der Öffentlichen Daseinsvorsorge hinaus.

Beispielhaft wird diese Entsolidarisierung im Bereich der Pflege und der gesetzlichen Krankenversicherung vorexerziert: Der Arbeitgeberanteil bleibt unangetastet, individuellen Lebensrisiken droht die weiter voranschreitende Privatisierung, Krankheit und Pflegebedürftigkeit drohen zu neuen Armutsursachen zu werden.

Der große Verlierer all dieser und weiterer angedrohter Vorhaben ist der Osten der Republik, das liegt angesichts der spezifischen Probleme der östlichen Bundesländer auf der Hand. Da nimmt es denn auch kaum noch Wunder, dass im künftigen Bundeskabinett ostdeutsche Fachministerinnen und -minister glatte Fehlanzeige sind. Die Kanzlerin wird das Defizit der Ostkompetenz kaum kompensieren können und vor allem wohl auch gar nicht mehr wollen.

Interessant ist die Positionierung Ministerpräsident Böhmers in Sachen Steuerpolitik - angesichts der veränderten politischen Konstellation

im Bund kann er jetzt des Öfteren mutig unter dem Tisch hervorschauen und im Falle einer Nichtzustimmung im Bundesrat auf seine Koalitionspartnerin SPD verweisen. Die Ernsthaftigkeit der Positionen des Ministerpräsidenten wird sich darin erweisen, wie weit er seinen

Einfluss in seiner eigenen Partei der CDU - geltend machen kann, um Sachsen-Anhalt vor weiteren sozialen Verwerfungen zu bewahren.

Genau an diesem Punkt wird Ministerpräsident Böhmer Farbe bekennen müssen.“

Ministerielle Vorschläge zur Entlastung der Polizei bewirken Bumerangeffekt

Innenminister Hövelmann will die Kommunen bei der Einhaltung von Sicherheit und Ordnung stärker in die Pflicht nehmen. Hierzu erklärt die innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion **Gudrun Tiedge**:

„Wer glaubt, die Delegation von hoheitlichen Aufgaben an die Kommunen des Landes bringe den Effekt der Entlastung der Polizei, erliegt einem gehörigen Trugschluss, das ist mit Sicherheit nicht der Weisheit letzter Schluss.

Man sollte den Innenminister nochmals an folgenden Grundsatz erinnern: Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind hoheitliche Aufgaben und Befugnisse, die insbesondere von den Bediensteten der Polizei zu leisten sind. Damit ist alleine die Polizei zuständig für die Gewährleistung der Öffentlichen Sicherheit im öffentlichen Raum.

Die neuen Vorhaben des Innenministers kommen einer Bankrotterklärung gleich, sie sind die Folgen einer nicht durchdachten und verfehlten Personalpolitik bei der Polizei.

Aus Sicht der LINKEN wird das berechnete hohe Gut des Anspruchs der BürgerInnen an die Öffentliche Sicherheit gegen Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte und Spar-

zwänge aufgerechnet. Zudem wird die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben auf das finanziell schwächste Glied in der Kette - die Kommunen - abgewälzt.

Doch wer kann aufgrund knapper kommunaler Kassen hier noch die dafür notwendige Personal- und Kostenausstattung bezahlen?!

Das alles hat fatale Folgen, letztendlich spart man so nur auf Kosten der Öffentlichen Sicherheit der Menschen Sachsens-Anhalts, gleichzeitig aber auch auf Kosten der PolizistInnen, die tagtäglich mit hoher Einsatzbereitschaft und Motivation auf den Straßen unseres Landes ihren Dienst versehen.

Die Fraktion DIE LINKE erwartet vom Innenminister eine klare Positionierung, wie die Öffentliche Sicherheit des Landes in vollem Umfang zu gewährleisten ist. Dazu gehören u.a. klare Aussagen zur tatsächlichen Größenordnung des geplanten Stellenabbaus bei der Polizei, zu Neueinstellungen, zur Beförderungssituation, sowie auch zu den Konsequenzen und Folgen der beabsichtigten Maßnahmen.

Eines sollte Herr Hövelmann dabei nicht vergessen: Die Öffentliche Sicherheit der Menschen dieses Landes hat ihren Preis, diesen sollte das Land ohne Wenn und Aber zu zahlen bereit sein.“

Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen sind Ausdruck schwarz-gelber Klientelpolitik



Zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen im Bereich Soziales erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE,

Katja Kipping:

„Eine Pauschalierung der Energie- und Nebenkosten und „gegebenenfalls“ der gesamten Kosten der Unterkunft statt der saftigen Erhöhung aller Regelsätze und der Abschaffung des Sanktionsparagrafen bei Hartz IV - das ist eines der unsäglichen Ergebnisse der

schwarz-gelben Verhandlungen. Ein weiteres: Auch bei der möglichen Kindergelderhöhung gehen die Betroffenen in den Grundversicherungssystemen wie immer leer aus. Die Erhöhung des Schonvermögens bei der Altersvorsorge ist zwar für einige hilfreich. Unter Schwarz-gelb läuft sie aber letztlich auf eine Beförderung der Privatvorsorge und nicht der solidarischen Absicherung hinaus.

Schwarz-gelbe Gesundheitspläne sind Wahlbetrug

Als „Wahlbetrug an den Arbeitnehmern“ bezeichnet der stellvertretende Parteivorsitzende **Klaus Ernst** die Pläne der schwarz-gelben Koalition für einen Umbau des Gesundheitssystems. Ernst wirft den Koalitionsparteien vor, lediglich die Wünsche der Wirtschaftsverbände umzusetzen. Er erklärt:

Mehr Netto gilt bei schwarz-gelb offenbar nur für die Unternehmer. Die Einfrierung des Arbeitgeberbeitrags und die gleichzeitige Einführung eines einkommensunabhängigen Beitrags heißen nichts anderes, als dass die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt wird, und dass die Beschäftigten in Zukunft alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein bezahlen sollen. Der angekündigte Sozialausgleich ist nur Augenwischerei. Die neue Regierung erfüllt bereitwillig alle Wünsche der Wirtschaftsverbände und will amerikanische Verhältnisse im Gesundheitssystem schaffen. Das ist Wahlbetrug, denn weder Merkel noch Westermelle haben mit Kopfpauschale und Zwei-Klassen-Medizin Wahlkampf gemacht.

Nur ein Drittel der Wähler hat Schwarz-Gelb gewählt. Das ist kein Mandat für einen Sozialkahlschlag. Die Alternative zum schwarz-gelben Kahlschlag im Gesundheitswesen ist die solidarische Bürgerversicherung.

Alle zahlen ein.

Alle sind versichert.

Alle können auf eine ordentliche Gesundheitsversorgung bauen.

Das will DIE LINKE.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Die geplante Erhöhung der Dazuverdienstmöglichkeiten bei Hartz II bei Ablehnung von Mindestlöhnen ist faktisch eine staatliche Subvention von Lohndumping. Diese erfolgt auf Steuerkosten derjenigen, die durch den sich ausweitenden Niedriglohnsektor dann auch noch unter Lohndruck gesetzt werden. Perfide! Auch die Begrenzung der Arbeitgeberpflichten in der Krankenversicherung und die weitere steuerliche Entlastung der Unternehmen sind Ausdruck der Klientelpolitik von Schwarz-gelb.

Das dumme Märchen, es wäre nicht genug Geld für höhere Transfer-einkommen und verbesserte Infrastrukturen in den Staatskassen, sollten die politisch Herrschenden nicht einmal wagen, ihrer Oma zu erzählen: Die Initiative Vermögenger rechnet mit der ihr geforderten Vermögensabgabe mit 100 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Staatshaushalt. Die Vermögenden plädieren auch für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Genug für alle wäre also da.“

An die Mitglieder der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen! Im Mai 2010 tritt unser 2. Bundesparteitag erstmalig zusammen. Die meisten der 2007 beim Zusammenschluss von Linkspartei, PDS und WASG vereinbarten Übergangsregelungen laufen dann aus. Zeit, Bilanz zu ziehen und über die künftige politische und strukturelle Entwicklung unserer Partei nachzudenken. Dazu laden wir alle Mitglieder ein. Wir Vorstandsmitglieder möchten diese Diskussion anstoßen, wollen dafür jedoch keine „Vorgaben“ formulieren. Sehr wohl aber möchten wir selbst in Basisgruppen und Zusammenschlüssen mitdiskutieren und uns mit Verantwortlichen aller Ebenen beraten. Am Ende eines Jahres, das für DIE LINKE tatsächlich zum „Superwahljahr“ wurde, verfügen wir über gute Ausgangsbedingungen für die weitere Arbeit. Wir sind deutlich gestärkt im Bundestag, konnten auch im Europaparlament die Anzahl unserer Mandate erhöhen, sitzen in 12 Landtagen mit eigenen Fraktionen und konnten bei mehreren Kommunalwahlen starke Positionen im Osten verteidigen und im Westen Fuß fassen. Die Partei hat einen beständigen Zustrom neuer Mitglieder.

DIE LINKE hat die Politik verändert. Unsere „Programmatischen Eckpunkte“ waren und sind dabei ein guter Kompass. Zugleich wird an einem neuen Parteiprogramm gearbeitet, dessen Entwurf in der

Partei diskutiert werden soll und das wir auf einem Bundesparteitag im ersten Halbjahr 2011 verabschieden sollten.

DIE LINKE vertritt auf den Straßen und in den Volksvertretungen oft Positionen von Bevölkerungsmehrheiten, die bei Abstimmungen im Bundestag und in anderen Parlamenten noch keine Mehrheiten finden. Das ist besonders in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise so, in der DIE LINKE, die Gewerkschaften und zahlreiche Initiativen fordern, dass deren Verursacher und nicht die Mehrheit des Volkes die Zeche zahlen. Realität ist leider, dass hierzulande nach wie vor mehrheitlich Parteien gewählt werden, die Arbeitsplätze unsicher machen und vernichten, die Gesundheit, Bildung oder die Teilhabe an Kunst und Kultur vom Geldbeutel abhängig machen, die Renten kürzen und Soldaten ins Ausland schicken. Wie wir die Regierung von Union und FDP zu einer sozial gerechten, demokratischen und friedlichen Politik zwingen wollen, steht in unserem Programm zur Bundestagswahl 2009. Wir halten überdies fest an unserem strategischen Ziel, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu ändern. Aus diesen Gründen bleiben wir an der Frage dran, wie sich unsere Partei und was sich in unserer Partei verändern muss.

Was ist das Besondere unserer Partei, was unterscheidet sie von

anderen?

Wie stellen wir uns den Platz und die Funktion der Partei DIE LINKE in Politik und Gesellschaft vor? Die Genossinnen und Genossen der LINKEN verbinden ganz unterschiedliche Vorstellungen mit ihrer Parteimitgliedschaft.

Sie haben mannigfaltige Lebenserfahrungen, kommen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen, haben unterschiedliche Politik- und Parteiverständnisse und auch differierende Vorstellungen zur Lösung offener Fragen, von denen einige in den „Eckpunkten“ aufgeführt sind. Darüber tauschen wir uns aus, darüber streiten wir, was dem Parteileben guttut. Wichtig ist, dass unser Denken und Tun stets auf die Gesellschaft gerichtet sind. Vielleicht brauchen wir künftig neben den Basis- und Ortsgruppen und den Zusammenschlüssen auch andere Formen des Engagements in der Partei - mehr zeitweilige Projekte, die Nutzung neuer Medien und Ähnliches, was wir hier und da in Wahlkämpfen erfolgreich gemacht haben. In Europa und darüber hinaus wird unser Weg von linken Parteien und Bewegungen aufmerksam verfolgt. Wir sind Mitglied der Partei der Europäischen Linken, was viele von uns im Alltag jedoch kaum erleben. Welche politische Kultur wollen und welche politische Bildung brauchen wir in der Partei?

Was macht eine Mitgliedschaft und was macht das Parteileben attrak-

tiv und anziehend?

DIE LINKE hat ihre Aktions- und Kampagnenfähigkeit oft unter Beweis gestellt. Meist stehen mehr Themen, Fragen und Probleme auf der politischen Tagesordnung, als wir in Angriff nehmen können. Die politische Praxis erfordert gemeinsame geistige Grundlagen, Qualifizierung und Bildungsarbeit sind angesagt! Viele von uns engagieren sich in Gewerkschaften, in Bewegungen, Vereinen und Initiativen.

Nur wenn sich viele auf diese Weise einbringen, sind wir in der Partei stets auf dem Laufenden darüber, was die Menschen im Land bewegt, was „die Leute“ umtreibt. Wir müssen die innerparteiliche Qualifizierung und vor allem unsere politische Bildungsarbeit entwickeln und so die Argumentationsfähigkeit verbessern. Was alle wissen müssen, um die Gesellschaft zu verstehen und zu verändern, darum geht es und auch um die Organisationsformen und die Methoden der Bildungsarbeit.

Welche Kampagnen soll unsere Partei in den nächsten zwei, drei Jahren mit der Kraft aller Mitglieder führen?

Was unterscheidet unser Agieren als politische Partei von dem gesellschaftlicher Bewegungen?

Wie sehen wir das Verhältnis von Partei und Bewegung?

Unsere Partei hat kräftig an Mitgliedern hinzugewonnen, zirka 70.000 waren es zur Zeit unseres Gründungsparteitages, rund 76.000 am Ende des Jahres 2008.

Wir wollen weiter zulegen, denn steigende Mitgliederzahlen sind ein Signal von Stärke, Aufschwung und politischer Offensive. Manche Genossinnen und Genossen haben Schwierigkeiten mit dem Verständnis, dass eine Mitgliedschaft mit Pflichten verbunden ist.

Die finanziellen Grundlagen für unsere Arbeit müssen wir uns über Beiträge, Spenden und Wahlerfolge selbst schaffen, denn als einzige Bundestagspartei hängen wir nicht am Tropf von Banken, Versicherungen und Konzernen. Hier und da sind die Parteistrukturen angesichts des rasanten Mitgliederzuwachses überfordert.

Mitunter wollen sich Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aktiv ins Leben und in die Aktivitäten der Partei einbringen und finden schwer konkrete Betätigungsfelder.

Das Parteileben muss den Interessen von Frauen besser entsprechen, die und deren Strukturen größeren Einfluss gewinnen müssen. Wir wissen, dass die demokratischen Prozesse und Verfahren in der Partei manchmal wenig attraktiv sind. Immer wieder begegnen wir dem Widerspruch, dass innerparteiliche Demokratie sehr viel Zeit und Geduld braucht, politische Handlungsfähigkeit jedoch schnelle Entscheidungen. Unsere Kommunikation krankt in der Regel nicht am Informationsmangel, oft aber daran, dass wir zu wenig miteinander reden, uns nicht zuhören. Was ist zu tun, damit die Mitgliedschaft als Souverän der Partei

Gehör findet und Einfluss hat?

Wie können wir neue Mitglieder gewinnen und sie dauerhaft in der Partei halten?

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach den sechzehn Wahlkämpfen dieses Jahres, die auch Ausgangspositionen für die weitere Arbeit klärten, wollen wir über die Zukunft unserer Partei sprechen. Der Parteivorstand bittet alle Mitglieder, die Zusammenkünfte in den Basis- und Ortsgruppen, in den Zusammenschlüssen und Strömungen dafür zu nutzen. Wir werden nicht jedes Thema erörtern und nicht jedes Problem lösen können. Im Kern geht es um drei Fragen: Wie können wir den politischen Einfluss der Partei weiter vergrößern?

Was muss geschehen, damit die Mitglieder noch besser Einfluss auf die Politik der LINKEN nehmen können?

Wie kann die Mitgliedschaft für jede und jeden noch attraktiver werden?

Überlegt, was ihr in eurer Basisgruppe oder eurem Zusammenschluss anpacken oder ändern müsst!

Sagt aber auch den Kreis- und den Landesvorständen und uns im Parteivorstand, was zu tun ist, wo ihr Unterstützung braucht, was wir gemeinsam besser machen können.

Mit solidarischen Grüßen

Die Mitglieder des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE Berlin
Oktober 2009

Buchtipps

Pfui Teufel

Heinz Florian Oertel mischt sich erneut mit überraschenden Positionen und Überlegungen in die Diskussion um die moralischen und gesellschaftlichen Werte der Bundesrepublik ein. Er erweist sich wieder einmal als anregender und streitbarer Geist, der auch unbequeme Meinungen nicht scheut. Sein aktuelles Buch richtet sich an alle Teile der Gesellschaft und wird dort ganz sicher wieder große Aufmerksamkeit finden.

Heinz Florian Oertel „Pfui Teufel“, Über Verdrängtes und Vergessenes, Das Neue Berlin, 144 Seiten, 12,5 x 21,0 cm, gebunden, ISBN 978-3-360-01966-0, Preis 9,90 Euro.

Befreiung?

Deutschland im Frühjahr 1945. In die östlich der Elbe gelegenen Gebiete des Reiches ziehen zornige Sieger ein. Die Soldaten der Roten Armee nehmen wie selbstverständlich von Land und Leuten Besitz. Die ersten Tage und Wochen in der Sowjetischen Besatzungszone folgen der unerbittlichen Logik des verheerenden Krieges. Schon bald aber befehlen die Mächtigen in Moskau und Berlin einen Handschlag der Versöhnung. Eine neue ‚Freundschaft‘ soll gestiftet werden - ohne Rücksicht auf das Fühlen und Denken vor Ort. Fortan gelten die Deutschen offiziell als ‚befreit‘.

Das Buch beschreibt den Mythos und die Wirklichkeiten dieser Befreiung. Ob in Schulen oder Betrie-

ben, ob in den Massenmedien oder in Propagandakampagnen, ob während persönlicher Treffen oder gemeinsamer Manöver der Waffenbrüder - diese Freundschaft war allgegenwärtig. Aber wie lebendig war sie wirklich? Konnte und wollte sie die Köpfe und die Herzen der Menschen erreichen?

Diesen Fragen geht das Buch anhand vieler überraschender Geschichten aus einem halben Jahrhundert der Besatzung nach. Am Ende steht ein bislang unbekanntes Bild vom Alltag in der DDR.

Silke Satjukow „Befreiung?“ -

Die Knurrigen

Die knorrigen Platanen am Wiesenrand haben etwas vom Knurrigen des Alters; sollen sie, denn sie sind alt genug, bestimmt älter als ich. Ja, ganz sicher, denn die Häuser auf der Gegenseite und in denen ich seit Kurzem wohne, sind in den 30ern gebaut worden, also noch vor meiner Geburt. Was haben diese knorrig-knurrigen Bäume nur an sich, dass ich sie immerfort betrachten muss, wenn ich vorbeigehe? Ist es diese zerfurchte Altersschönheit? Ja, auch, aber es ist noch etwas anderes, denn sie haben sich eine gewisse Eitelkeit bewahrt, die mir besonders in diesem Jahr aufgefallen ist. Irgendwann im Spätsommer fingen sie nämlich an, die alte dunkelgrüne Haut von ihren dicken und dünnen Armen abzustreifen und auf die Wiese fallen zu lassen. Längst hatten sie eine junge schöne hellgrüne Haut gebildet, die sie nun jedem Betrachter darbieten. Ich bin einer von ihnen und ich werde neidisch angesichts ihrer genialen Fähigkeit, so mir nichts dir nichts die Haut zu wechseln. Ach könnte ich das doch auch, ich wäre so froh. Insbesondere da, wo sie weder durch Kleidung noch durch Haare bedeckt und geschützt ist. Die Sonne hat mir zugesetzt und das ausgerechnet in London, meiner Lieblingshauptstadt. Soll das etwa ein Erinnerungsmal bleiben? Ein recht gefährliches! Und ich muss noch einmal nach London, da ich vergessen habe, das Händel-Haus zu besuchen, und es lag nur um die Ecke(!) von meinem Hotel. - Die menschliche Hautschälung, die für mich durchaus das Richtige wäre, nennt der Mediziner „photodynamische Therapie“. Meine Kasse sagte da nur kurz und knurrig: 900 •. Ich soll wohl doch nicht so alt werden wie meine genialen Knorrigen von gegenüber. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt oder gar an eine Zweiklassen-Medizin.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Die Ostdeutschen und 1945, Leipziger Universitätsverlag und Akademische Verlagsanstalt AVA, Umfang: 288 Seiten, Hardcover, ISBN 978-3-86583-252-8, Preis 29.00 Euro.

Instrument Antikommunismus. Der Sonderfall Bundesrepublik von Jan Korte

Wichtig ist dem Autor die Verbindung zwischen Antikommunismus und dem Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik von 1949 bis heute? Der Band bietet eine historisch-politische

Darstellung von Inhalt, Form und Gehalt des Antikommunismus in Deutschland. Ausgehend von einem persönlichen Schicksal - Walter Timpe -, wird dargestellt, wie sich der Antikommunismus entwickelte. Im zweiten Teil des Buches geht es um den Antikommunismus nach 1945 als integralen Bestandteil der bundesdeutschen Nachkriegsideologie.

Hierzu wird ein Überblick über die Rückkehr der alten NS-Eliten in Staat und Gesellschaft gegeben, der wiederum dezidiert antikommunistisch begründet wurde. Schlüsselfigur dabei: Konrad Adenauer. Im Buch werden daher wichtige Reden, Aufsätze und die Erinnerungen Adenauers untersucht. Zur Untermauerung werden außerdem die Kabinettsprotokolle der ersten beiden Regierungen Adenauers ausgewertet, die teils skurrile, teils ungläubliche Vorgänge zum Thema Antikommunismus liefern.

Außerdem findet sich eine Übersicht über die Debatten bis zum heutigen Tag. Dabei wird unterstrichen, dass eine Kritik des Antikommunismus nur von einem anti-

stalinistischen Standpunkt aus betrieben werden kann. Linksdogmatische Positionen werden mit konservativ-antikommunistischen verglichen. Den Abschluss des Buches bildet eine Auseinandersetzung mit rückwärts gewandter Kritik am Antikommunismus, die die wahren Momente im Antikommunismus - der ihn u. a. so wirksam gemacht hat - nicht beachtet. Jan Korte „Instrument Antikommunismus.“

Der Sonderfall Bundesrepublik“, Broschur, 128 Seiten, Preis: 9.90 EUR, ISBN 978-3-320-02173-3.

Bei manchem Werk eines berühmten Mannes möchte ich lieber lesen, was er weggestrichen hat, als was er hat stehen lassen.“

Georg Christoph Lichtenberg (1742-99), dt. Aphoristiker u. Physiker

Willkommen! Welcome! Benvenuto!

Der Vorstand der Partei der Europäischen Linken traf sich am vergangenen Wochenende zu seiner regulären Beratung in Genf. Gastgebende Mitgliedspartei war die Schweizer Partei der Arbeit. Der Vorstand verständigte sich zu Fragen der aktuellen Entwicklung in der Europäischen Union und den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die in Europa lebenden Menschen. Die EL bestätigte ihre Bereitschaft, gemeinsam und solidarisch mit den Kräften der Zivilgesellschaft in Europa konkrete Fortschritte für ein sozial gerechtes, friedliches und ökologisches Europa zu erzielen. Der Vorstand verabschiedete das EL-Arbeitsprogramm für 2010 und berief den 3. Kongress der EL für Dezember 2010 ein. Aufgabe des Kongresses wird es sein, den politischen Kurs der kommenden Jahre zu setzen. Auf dem Treffen wurden weitere Parteien in die EL aufgenommen: der finnische Linksbund, die Kommunistische Partei Finnlands (bisher EL-Partei mit Beobachterstatus), die Arbeitspartei 2006 aus Ungarn und die Partei der Belarussischen Kommunisten (Oppositionspartei in Belarus). Die Neue Zypernpartei wurde Beobachterpartei. Die EL hat somit jetzt 23 Mitgliedsparteien und 11 Beobachterparteien.

Das Kreuz mit der Vergangenheit

Vor den hinter uns liegenden Bundestagswahlen tourte auch Literaturnobelpreisträger Günter Grass durch die Lande, um aus seinen Werken zu lesen und für die SPD zu werben (oder umgekehrt!), deren Mitglied er seit Langem ist. Gegen den politischen Gegner „Die Linke“ wurde zu Felde gezogen, u. a. mit dem eigentlich - wie ich dachte - schon längst zu Tode geredeten Argument, die Linken hätten noch längst nicht ihre Vergangenheit bewältigt. Warum saß ich wohl hier, rechtzeitig um einen guten Platz bemüht, in der zweiten Reihe im traditionsreichen großen Saal des Volksparks zu Halle: erstens, um meine eigene Vergangenheit um ein weiteres Schrittchen zu bewältigen, zweitens, G. Grass' Literatur durch seine Lesung zu genießen oder umge-

kehrt. Die erste Reihe im Saal war für SPD-Repräsentanten unserer Stadt reserviert, die zweite war für Leute wie mich frei. Günter Grass sprach soeben auch über einige dunkle Seiten der SPD-Vergangenheit und erwähnte dabei den Namen NOSKE. Vor mir - also in der ersten Reihe -, fragte eine Dame mittleren Alters ihren Partner, Stadtrat der SPD Halle, : „Wer war denn Noske?“ Ihr Partner verschob die Aufklärung verständlicherweise auf etwas „Später!“. Aber welches Trost für mich, der ich ständig im Begriff bin, meine Minderwertigkeitskomplexe in Bezug auf die eigene Vergangenheitsbewältigung kleiner werden zu lassen: Es gibt noch Leute in der ersten Reihe, die ke n n e n nicht einmal ihre Vergangenheit.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord